

POLITIK

Der Giesserstreik im Jahre 1910

Vor rund hundert Jahren herrschten für die Fabrikarbeiter und ihre Familien äusserst prekäre Lebensverhältnisse. Letztes Mittel im Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit war der Streik, denn Sozialpartnerschaft, wie wir sie heute kennen, gab es damals noch nicht.



1889: Zürcherstrasse, Gebrüder Sulzer, Grossgiesserei Foto: winbib (Signatur 06396)

Anfangs des 20. Jahrhunderts erschütterten innerhalb eines Jahres gleich zwei Wirtschaftskämpfe die Region Winterthur. Am 1. Juni 1909 traten die Maurer in den Ausstand, nachdem die Baumeister den Entwurf eines neuen Arbeitsvertrages zurückgewiesen hatten, der die Reduktion der täglichen Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und eine Erhöhung der auch für damalige Verhältnisse mehr als bescheidenen Minimallöhne von 55 Rappen für Maurer, 45 Rappen für Handlanger und 35 Rappen für Pflasterträger um je 10 Rappen vorsah. Die Arbeitgeber wollten aber nur eine Lohnaufbesserung von drei, zwei und einem Rappen gewähren. Der Streik dauerte genau ein Jahr lang und endete für die Maurergewerkschaft mit einer bitteren Niederlage, denn sie erreichte damit keines der angestrebten Ziele.

Kaum war der Maurerstreik beendet, traten am 13. Juni 1910 die Giesser der «Actiengesellschaft vormals J. J. Rieter» in einen Proteststreik. Schon seit längerem hatten die Giesser und Kernmacher des Tössemer Unternehmens eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gefordert. Vor allem wurden «gewisse Lohnverrechnungsmethoden» und der wegen schlechtem Geschäftsgang angeordnete «Konjunkturabzug» von zehn Prozent auf den Akkordlöhnen als ungerecht empfunden. Verbitterung herrschte zudem, weil die Löhne in anderen Giessereien höher waren. Die Geschäftsleitung begründete diese Tatsache damit, dass die Rieter-Giesserei erst seit etwa einem Jahr bestehe und noch zu wenig leistungsfähig arbeite. Man nannte das Unternehmen deshalb im Volksmund einst despektierlich «Chloster».

So wurde ein Arbeiter durch giftige Dämpfe betäubt im Schacht des Trocknungsofens gefunden. Ein anderes Mal

mussten drei Arbeiter mit ähnlichen Symptomen von den Krananlagen heruntergeholt werden. Kritik gab es auch, weil die Hebevorrichtungen oft zwei- und dreifach überladen und die Arbeiter damit unnötigen Gefahren ausgesetzt wurden. Rieter hatte die eigene Giesserei aufgebaut, weil Sulzer nicht mehr in der Lage war deren Guss herzustellen. Auch die ungenügenden sanitarischen Einrichtungen erregten Anstoss. Die Geschäftsleitung, die an echten Gesprächen offensichtlich nicht interessiert war, sprach in der Folge als Warnung erste Entlassungen aus.

Davon betroffen waren einige der Firma unbequeme Arbeiter, darunter auch drei Mitglieder der Verhandlungsdelegation. Diese Massnahme liessen sich die Arbeiter nicht gefallen und traten am 13. Juni in einen Proteststreik. Erste Schlichtungsverhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Maschinenindustriellen verliefen erfolglos.

Ausweitung des Konfliktes

In der Folge erklärt sich die Firma Sulzer bereit, den von Rieter für ihren Betrieb wichtigen Guss herzustellen. Damit geriet aber auch dieses Unternehmen in den Fokus der Kritik. Sulzer berief sich darauf, auch nach der Eröffnung der Rieter-Giesserei für das Tössemer Unternehmen Aufträge ausgeführt zu haben. Als dann bei Sulzer erste Rieter-Modelle an die Arbeiter verteilt wurden, weigerten sich die meisten von ihnen diese «Streikarbeit» zu verrichten. Sie waren nicht bereit ihren Tössemer Kollegen in den Rücken zufallen und drohten ebenfalls in den Streik zu treten. Dem Präsidenten der Arbeiterkommission, der mit der Geschäftsleitung zu verhandeln versuchte, wurde beschieden, dass sich die Firma über die Verteilung der Arbeit keine Vorschriften machen lasse. Wer die ihm übertragene Arbeit verweigere, müsse gemäss Fabrikordnung die sofortige Entlassung gewärtigen. Ohne allfällige Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abzuwarten, stellte Sulzer erste Mitarbeiter auf die Strasse. Die Empörung unter den Sulzer-Giessern war gross und mit 150 Unterschriften versuchten sie die Unternehmensleitung zu Verhandlungen zu bewegen. Diese beharrte indes auf ihrem Standpunkt und warf dem Präsidenten der Arbeiterkommission Versagen vor, wohl deshalb, weil er sich ihrem Diktat nicht beugte. 140 Giessereiarbeiter verpflichteten sich hieraus schriftlich Arbeit auf Rieter-Modelle zu verweigern.

Mit einem Anschlag am schwarzen Brett liess die Geschäftsleitung von Sulzer die Arbeiter wissen, sie betrachte diejenigen welche die Übernahme der ihnen zugewiesene Arbeit verweigern, gemäss Paragraph 7 der Fabrikordnung, als sofort entlassen. Am 21.Juni wurden 206 Mann, die meisten Arbeiter der Kleingiesserei und eine Anzahl aus der Grossgiesserei, ausgesperrt. Damit hatte sich die Winterthurer Arbeiterbewegung mit einem neuen Arbeitskonflikt zu befassen, der mehr noch als der Maurerstreik ein Kampf gegen den Herr-im-Hause-Standpunkt des Unternehmertums war. Zu Ausschreitungen, die im Propagandakrieg gegen die Streikenden hätten ausgeschlachtet werden können, kam es nicht. Die Gewerkschaft hatte die Arbeiter darauf hingewiesen, sich diszipliniert zu verhalten und auch auf Alkoholgenuss zu verzichten. Dennoch versuchte die Firma Sulzer die Staatsgewalt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu ihren Gunsten zu mobilisieren.

Auf Wunsch der Firma veranlasste der Stadtrat, dass 20 Kantonspolizisten zur Verstärkung nach Winterthur beordert wurden und begründete diese Massnahme wie folgt: «Da in den letzten Tagen die Belästigungen und Bedrohungen Arbeitswilliger durch Streikende stark zugenommen haben, wandte sich die Firma Gebrüder Sulzer an den Stadtrat mit dem Gesuch um Verstärkung des polizeilichen Schutzes. Ausserdem wurde beigelegt, dass die Indizien, es möchte von den Drohungen zu Täglichkeiten übergegangen werden, sich stark mehren.» Doch, noch nicht genug der Provokationen: Mit einer von 1300 Angestellten und Arbeitern unterschriebenen Eingabe versuchte Sulzer ein noch schärferes Eingreifen der Obrigkeit zu erwirken. Wie sehr der Firma die Arbeiterorganisationen ein Dorn im Auge waren, beweist auch folgender Passus im Anstellungsvertrag für Monteure, wie er während der Konfliktzeit angewandt wurde: «Die Bildung von Monteurvereinigungen oder der Anschluss an bestehende Organisationen, deren Bestrebungen dem allgemeinen Ansehen sowie den Berufspflichten der Monteure schaden oder die die

Interessen ihrer Arbeitgeber benachteiligen, können Zurückweisung vom auswärtigen Dienst, eventuell Entlassung der Fehlbaren zur Folge haben.»

Das Ende des Streiks

Den Bemühungen des Städtischen Einigungsamtes gelang es am 29. Juli im Konflikt einen Vergleich zustande zu bringen. Am 1. August nahmen die Giesser beider Firmen ihre Arbeit wieder auf. Die Firma Rieter verpflichtete sich zu einer bescheidenen Lohnerhöhung für bestimmte Arbeiten, die in den meisten Fällen zwei Rappen pro Stunde betragen. Sie weigerte sich jedoch zwei Dutzend der Entlassenen wieder einzustellen. Dasselbe Schicksal widerfuhr 19 Sulzer-Arbeitern. Damit hatte das Unternehmen wahr gemacht, was der bei der Arbeiterschaft verhasste Nationalrat und Firmenchef Eduard Sulzer-Ziegler in einer Ansprache gedroht hatte: «Mit Arbeitern, die dem Arbeitgeber direkt als Feinde gegenüberstehen, kann und will die Firma nicht arbeiten.» Ein Teil der Betroffenen wanderte nach Amerika aus, da sie auf der «Schwarzen Liste» der Maschinenindustriellen stehend in der Schweiz keine Arbeit mehr fanden. Bei Sulzer mussten die Wiederaufgenommenen einen Revers, eine schriftliche Erklärung unterzeichnen. Damit anerkannten sie, mit der Verweigerung der Streikarbeit einen Fehler begangen zu haben. Sie gaben damit auch die Zusicherung, in Zukunft die Interessen der Firma nach besten Kräften zu vertreten. Das war für die Betroffenen eine Demütigung sondergleichen. Die Verweigerung der Unterschrift hätte aber wohl die Entlassung zur Folge gehabt.

Der Generalstreik

Diese und andere Arbeitsniederlegungen bildeten aber nur die Vorboten für ein noch dramatischeres Ereignis. Während dem Ersten Weltkrieg von 1914/18 verschlechterten sich die schon anhin miserablen Lebensverhältnisse der Bevölkerung noch mehr. Die Lebensmittel waren immer knapper geworden und deren Preise hatten sich mehr als verdoppelt. Viel zu spät hatte der Bundesrat die Rationierung eingeführt und die Massnahmen gegen Preistreiberei, Spekulation und Wucher waren wenig wirksam. Die Löhne blieben abgebaut oder hinkten ständig der Teuerung nach. Die Soldaten mussten mit ihrem kleinen Sold auskommen und damit sogar noch ihre Familien unterstützen, denn Lohn- und Verdienstersatz kannte man noch nicht. Wer nach langem Grenzdienst nach Hause zurückkehrte, fand zudem seinen Arbeitsplatz oft besetzt.

Über 600'000 Familien mussten durch Notunterstützung und mit Hilfe der örtlichen Armenpflegen durchgeholt werden. Zur sozialen Not kam die politische Unzufriedenheit. Unter dem Vollmachtenregime des Bundesrates fühlte sich die Arbeiterbewegung entrechtet. So war deren Radikalisierung nicht mehr aufzuhalten. Am 9. November 1918 kam es zu einem Proteststreik, der sich vom 12. bis 14. November zum landesweiten Generalstreik ausweitete. Der Aufmarsch der Arbeiterschaft war beeindruckend. Genaue Zahlen über die Beteiligung konnten allerdings nie ermittelt werden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund schätzte diese aufgrund einer Umfrage auf rund 250'000. Unmittelbare positive Auswirkungen zeitigte der Streik allerdings nicht. Er hatte aber zur Folge, dass das Proporzwahlssystem für den Nationalrat und die 48-Stunden-Woche schon wenig später Tatsache wurden. Der Kampf für mehr soziale und politische Gerechtigkeit war trotz allem nicht umsonst gewesen.

Der Text stammt von Henry Müller. Er ist im „Tössemer“, Ausgabe November 2012 erschienen. Als Quelle wird angegeben: Stadtarchiv Winterthur und «Die Geschichte der Winterthurer Arbeiterbewegung», verfasst im Jahre 1960 von Willi Schneider

Bibliografie

- Giesserstreik 1910
-

AUTOR/IN:

[Nutzungshinweise](#)

Heinz Bächinger

[UNREDIGIERTE VERSION](#)

LETZTE BEARBEITUNG:

15.02.2023